

12.04

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Außenministerin! Sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen! Die EU muss klar signalisieren, dass sie nur mit jenen Ländern über einen Beitritt verhandelt, die auch die Grundwerte nach Artikel 2 des EU-Vertrages teilen; alles andere würde uns unglaublich machen. Deswegen freue ich mich, dass wir uns im Außenpolitischen Ausschuss alle einig waren, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen. Das ist nur ein symbolischer Akt, aber er ist wichtig.

Gleichzeitig ist wichtig, dass wir mit der Türkei im Gespräch bleiben. Schließlich gibt es mit ihr viele migrationspolitische, sicherheitspolitische Fragen, zu denen wir im Austausch bleiben müssen. Da müssen die Kommunikationskanäle offen bleiben, auch in der Hoffnung darauf, dass es einmal besser wird, um wieder konstruktiver ins Gespräch zu kommen.

Was ist der Status quo? – Erdogan schafft in der Türkei die Demokratie Schritt für Schritt ab, festigt den autoritären Griff. Sein Regime tritt Menschenrechte, Pressefreiheit und Pluralität mit Füßen. Die Gewaltentrennung wird aufgehoben, Menschen werden ohne Anklage in Haft gesteckt, sogar der Vorstandsvorsitzende der türkischen Sektion von Amnesty International saß über ein Jahr lang unrechtmäßig in Haft.

Die Pressefreiheit wird seit 2015 systematisch eingeschränkt, und es geht nun noch weiter. Am Dienstag aktualisierte das deutsche Auswärtige Amt seine Reisehinweise und warnte vor der Nutzung von sozialen Netzwerken in der Türkei. Im Einzelfall sei bereits das Teilen oder Liken von regierungskritischen Beiträgen ein Anlass für ein Strafverfahren wegen Präsidentenbeleidigung. Auch das österreichische Außenministerium warnt auf seiner Homepage, dass es in den letzten Monaten bei der Ein- und Ausreise vermehrt zu teils mehrwöchiger Inhaftierung österreichischer Staatsbürger aufgrund des Vorwurfs regierungskritischer Äußerungen vor allem in sozialen Medien gekommen sei.

Wir haben gerade deswegen im Außenpolitischen Ausschuss einen Entschließungsantrag diskutiert, in dem es um die Anregung an Sie, Frau Außenministerin, ging, sich mit all Ihren Möglichkeiten für die Enthaltung des Journalisten Max Zirngast einzusetzen. Es wird nun klar, dass wir einen Entschließungsantrag brauchen, der zeitlos ist und in dem wir uns abstrakt für alle Österreicher einsetzen, von denen es scheint, dass sie willkürlich in Haft genommen wurden.

Wir haben einen solchen Entschließungsantrag mit der Liste Pilz, der SPÖ und Weiteren in Ausarbeitung, wollen das jetzt finalisieren und hoffen auf Zustimmung aller in dem Sinn, dass Sie mit all Ihren Möglichkeiten tätig werden, um sich für Österreicher in willkürlicher Haft einzusetzen. – Vielen Dank. (*Beifall bei NEOS und Liste Pilz sowie bei Abgeordneten der SPÖ.*)

12.07

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Dr.ⁱⁿ Alma Zadić. – Bitte.